

**Antrag**

FDP/Aufbruch-Gemeinderatsfraktion

vom: 15.03.2006  
eingegangen: 15.03.2006**23. Sitzung des Gemeinderates am 09.05.2006****TOP 22**

Vorlage Nr. 669

Öffentlich  Nichtöffentlich 

verantwortlich Dez. 1

**Europäisches Technologieinstitut**

Stellungnahme des Bürgermeisteramtes - Kurzfassung -

Die Stadt Karlsruhe setzt sich dafür ein, die Forschungsregion Karlsruhe als zentralen Knoten und Standort im Exzellenz-Netz des Europäischen Technologieinstituts zu verankern und weiter zu stärken.

Formatänderungen der Wordvorlage sind nicht zulässig!

Finanzielle Auswirkungen      nein       ja 

Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgerträge und Folgeinsparungen)

**Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung.**

Ergänzende Erläuterungen:

Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)    nein  ja     durchgeführt am

Abstimmung mit städtischen Gesellschaften    nein  ja     abgestimmt mit

Stadt Karlsruhe – Hauptamt: Stellungnahme des BMA – Antrag  
Fassung: JAN 2006; Intranet RHIN; Formulare/Gemeinderat

Die Europäische Kommission hat dem Europäischen Rat am 22. Februar 2006 vorgeschlagen, ein Europäisches Technologieinstitut (ETI) einzurichten (KOM/2006/ 0077). Das ETI soll zum neuen Markenzeichen für europäische Spitzenqualität in den Bereichen Ausbildung, Forschung und Innovation werden, die öffentlichen und privaten Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen bündeln und damit als wichtiger Katalysator auf dem Weg Europas hin zum global stärksten wissensbasierten Wirtschaftsraum (Lissabon-Strategie) fungieren.

Gemäß Kommissionsvorschlag soll das ETI in zwei Ebenen gegliedert werden: einen Verwaltungsrat, der mit hochkarätigen Vertretern von Universitäten, Forschungszentren und Unternehmen besetzt werden soll und die strategischen Schwerpunkte festlegt sowie für Budgetfragen verantwortlich zeichnet. Zum anderen die sogenannten „knowledge communities“ (Wissensgemeinschaften), die interdisziplinär in den Bereichen Umweltschutz, Energie, Informationsgesellschaft und -technologie sowie Nanotechnologie arbeiten. Die Wissensgemeinschaften, die faktisch mit den führenden europäischen Forscherpersönlichkeiten und ihren Arbeitsgruppen gleichzusetzen sind, sollen aus ihren bisherigen Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen organisatorisch und rechtlich herausgelöst und dem ETI zugeordnet werden. Unter dem Dach des ETI sollen die Wissenschaftsgemeinschaften über ganz Europa verteilt werden. Standortfragen wurden durch die Kommission weder für den Verwaltungsrat noch für die Wissensgemeinschaften geklärt.

Die durch eine Gruppe europäischer Abgeordneter in die Diskussion gebrachte Errichtung des ETI in Straßburg - bei gleichzeitiger Auflösung des dortigen EU-Parlamentssitzes zur Teilfinanzierung des ETI - wurde nicht in den Kommissionsvorschlag aufgenommen.

Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs hat auf dem Frühjahrsgipfel am 23./24. März 2006 der Errichtung eines ETI zugestimmt, den Schwerpunkt aber deutlich hin zu „einem für alle Mitgliedstaaten offenen erstklassigen Netz“ verschoben und damit den Weg zu einem „virtuellen“ ETI vorgegeben. Der Rat hat die

Kommission ersucht, auf dieser Basis bis Mitte Juni 2006 einen Vorschlag zu den weiteren Schritten vorzulegen.

Die Forschungsregion Karlsruhe weist eine auch im europäischen Maßstab außergewöhnliche Dichte an Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und forschungsorientierten Unternehmen mit herausragenden Qualitäten in Forschung und Entwicklung auf. Darüber hinaus hat die TechnologieRegion Karlsruhe mehrfach auf europäischer Ebene ausgezeichnete Maßnahmen für einen effektiven Technologietransfer und erfolgreiche Existenzgründungen besonders aus den Hochschulen heraus angestoßen und umgesetzt. Die Forschungsregion Karlsruhe leistet durch die enge Vernetzung von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik bereits heute auf regionaler Ebene einen wichtigen Beitrag für die Umsetzung der Lissabon-Strategie der Europäischen Union.

Die Stadt wird sich gemeinsam mit den Partnern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik dafür einsetzen, die Forschungsregion Karlsruhe als zentralen Knoten und Standort im Exzellenz-Netz des ETI zu verankern, ohne dass es zu einer Fragmentierung der Wissenschaftseinrichtungen kommt. Die Stadt Karlsruhe tritt zudem dafür ein, die bestehenden Stärken in den Forschungseinrichtungen der Region weiter auszubauen, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können und damit positive wirtschaftliche Effekte für Karlsruhe und die Region zu generieren. Über den Vorsitz in der TechnologieRegion Karlsruhe GbR hat das Bürgermeisteramt daher gemeinsam mit den Partnern aus Wissenschaft und Wirtschaft die weitere Intensivierung der strategischen und operativen Vernetzung der führenden Wissenschaftseinrichtungen in Stadt und Region Karlsruhe über eine als Stiftung ausgestaltete Innovationsplattform angestoßen.